Inhaltsverzeichnis

Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	XV
Teil 1. Das Urteil	
Überblick über den Aufbau des Urteils	1
§ 1 Das Rubrum	2
1. Aktenzeichen 2. Verkündungsvermerk, § 315 III 3. Überschrift, § 311 I 4. Bezeichnung der Parteien, ihrer gesetzlichen Vertreter und der Prozessbevollmächtigten, § 313 I Nr. 1 5. Betreff 6. Bezeichnung des Gerichts und der Richter, § 313 I Nr. 2 7. Schluss der mündlichen Verhandlung, § 313 I Nr. 3 8. Bezeichnung der Urteilsart	2 2 2 2 6 6 6 6 7
§ 2 Der Tenor zur Hauptsacheentscheidung, § 313 I Nr. 4	8
I. Grundsätzliches zur Tenorierung, insbesondere § 308 ZPO 1. Knapp 2. Eindeutig 3. Vollstreckungsfähig (bei Leistungsurteilen) 4. Erschöpfend 5. Begrenzung durch die Parteianträge, § 308 I ("ne ultra petita")	9 9 9 9 10
II. Klageabweisende Urteile	11
III. Klagestattgebende Urteile 1. Leistungsurteile 2. Feststellungsurteile 3. Gestaltungsurteile	11 11 12 13
IV. Nur teilweise stattgebende Urteile	13
V. Nebenforderungen 1. Zinsen 2. Kosten	14 14 16
§ 3 Die Kostenentscheidung	16
I. Die Kostenentscheidung als Kostengrundentscheidung	16
II. Grundbegriffe des Kostenwesens 1. Kostenentscheidung 2. Prozessualer Kostenerstattungsanspruch 3. Materiellrechtlicher Kostenerstattungsanspruch 4. Kostenschuld der Parteien gegenüber der Staatskasse 5. Kostenpflicht der Partei gegenüber dem eigenen RA 6. Kostenfestsetzung 7. Prozesskosten	17 17 17 18 18 18 19
III. Die Grundsätze der Kostenentscheidung 1. Urteile mit und (ausnahmsweise) ohne Kostenentscheidung 2. Überblick über die gesetzliche Regelung	20 20 20
3. Der Grundsatz der einheitlichen Kostenentscheidung	21



IV.	Die Kostenentscheidung bei vollem Unterliegen, § 91
	an
V.	Die Kostenentscheidung bei teilweisem Obsiegen und Unterliegen, § 92 1. Verhältnismäßige Teilung (Quotierung), § 92 I S. 1 2. Kostenaufhebung, § 92 I S. 2 3. Voll auferlegen, § 92 II
	Der Ausspruch über die vorläufige Vollstreckbarkeit
I.	Urteile mit und (ausnahmsweise) ohne solchen Ausspruch 1. Grundsatz: 2. Ausnahmen
II.	Ohne Sicherheitsleistung, § 708 1. Der Tenor i. F § 708 2. Die Abwendungsbefugnis, § 711
III.	Gegen Sicherheitsleistung, § 709 1. § 709 S. 1 und 2 (die Hauptfälle) 2. § 709 S. 3
IV.	Vollstreckungsschutzanträge
§ 5	Der Tatbestand, § 313 I Nr. 5
I.	Die Aufgaben des Tatbestands 1. Objektiver Bericht über den Sach- und Streitstand 2. Objektivität des Tatbestands 3. Die Beweisfunktion, § 314
II.	Der Aufbau des Tatbestandes
III.	Beispiele
IV.	Häufige Fehler. Ratschläge 1. Häufiger Fehler: Keine klare Trennung von Unstreitigem und Streitigem 2. Falsche Gewichtung 3. Unzulässige Wertungen, Vorwegnahmen von Auslegungen, juristische Schlussfolgerungen 4. Verweisungen 5. Sprachliche Differenzierung: Vortrag streitiger Tatsachen/Rechtsansichten 6. Wann den Tatbestand im Klausurfall niederschreiben?
§ 6	Die Entscheidungsgründe
I.	Grundsätzliches 1. Aufgabe der Entscheidungsgründe 2. Art und Weise der Darstellung
II.	Der Aufbau der Entscheidungsgründe 1. Voll stattgebende Urteile Ausformulierter Beispielstext 2. Voll abweisende Urteile 3. Teilweise stattgebende Urteile
III.	Häufige Fehler. Ratschläge 1. Die Anspruchsgrundlage 2. Wie ausführlich begründen? Subsumtionstechnik "Echo-Prinzip" 3. Das Hilfsgutachten

	Inhaltsverzeichnis
§ 7	Überblick über die Urteilsarten
I.	Endurteile
	1. (Voll-)Endurteil, § 300
	2. Teilurteil, § 301
	3. Anerkenntnisurteil, § 307
II.	Zwischenurteile
	1. Unechte Zwischenurteile gegenüber Dritten, §§ 71, 135 II, 387, 402
	2. Zwischenurteile, § 280
	3. Zwischenurteile, § 303
	4. Grundurteil, § 304
III.	Vorbehaltsurteile, §§ 302, 599
	1. Vorbehaltsurteil gemäß § 302
	2. Vorbehaltsurteil gemäß § 599
	Teil 2. Hauptgebiete des Zivilprozesses
§ 8	Die objektive Klagenhäufung, § 260
I.	Überblick
	Die kumulative Klagenhäufung
	Die eventuelle Klagenhäufung (Haupt- und Hilfsantrag)
.11.	1. Die Bedeutung der Bedingung
	Das Prüfungsschema
	Das Urteil bei eigentlicher Eventualhäufung
	4. Die uneigentliche Eventualhäufung
	5. Unechte Eventualhäufung
	6. Der Tatbestand
	7. Die Entscheidungsgründe
IV.	Die alternative Klagenhäufung
۰ ۵	D: W 1
-	Die Klageänderung
	Die Fälle der Klageänderung
	Die Zulässigkeit der Klageänderung
III.	Die klageauswechselnde Klageänderung
	1. Die Klageauswechslung ist zulässig
	2. Die Klageauswechslung ist unzulässig
IV.	Die nachträgliche objektive Klagenhäufung
	Die Klageänderungsfälle gem. § 264 Nr. 2 und 3
••	1. Die Klageerhöhung gem. § 264 Nr. 2
	2. Die Klageermäßigung i. S. v. § 264 Nr. 2
	3. Die Antragsanpassung gem. § 264 Nr. 3
8 1	0 Die Veräußerung der streitbefangenen Sache, §§ 265, 266
-	
	Grundsätzliches
II.	Der Kläger veräußert
	1. Verfahrensfortgang. Konsequenzen für den Kläger und das Urteil
	2. Möglichkeiten der Prozessbeteiligung für den Rechtsnachfolger C
	3. Welche Wirkungen hat das rechtskräftige Urteil zwischen den alten Parteien K/B für den Rechtsnachfolger C?
ш	Der Beklagte veräußert
111.	Möglichkeiten des Klägers gegen den veräußernden Beklagten
	Möglichkeiten der Prozessbeteiligung für und gegen den Rechtsnachfolger C
	3. Welche Wirkungen hat das rechtskräftige Urteil zwischen den bisherigen Parteien
	K/B für den Rechtsnachfolger C?
IV	Besonderheiten bei § 266
	3 3

§ 11	Die Erledigung der Hauptsache
1	Die übereinstimmende Erledigungserklärung, § 91a
3	3. Entscheidung: Beschluss gemäß § 91a. Zusammenfassendes Beispiel:
1	Die einseitige Erledigungserklärung des Klägers Grundsätzliches Die 7 wichtigsten Fälle – Prüfungsschema
III. I	Die Teilerledigungserklärung
§ 12	Die Widerklage
I. I	Die prozessuale Behandlung der Widerklage
II. I	Prüfungsschema und Urteil
1 2 3	Besondere Fälle der Widerklage Die Zwischenfeststellungs(wider)klage, § 256 II Aufrechnung und Widerklage Possessorische Hauptklage und petitorische Widerklage Die Drittwiderklage
§ 13	Die Prozessaufrechnung
1	. Doppeltatbestand
2	2. Die prozessualen Voraussetzungen
	l. Primäraufrechnung und Eventualaufrechnung
§ 14	Die einfache Streitgenossenschaft
1	Die Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft, §§ 61, 63
	Das Prüfungsschema
1 2	Das Urteil Obsiegen aller Streitgenossen (= § 91) Unterliegen aller Streitgenossen (= § 100) Obsiegen bzw. Unterliegen nur einzelner Streitgenossen (= §§ 91, 92 kombiniert)
§ 15	Die notwendige Streitgenossenschaft, § 62
1	Die prozessual notwendige SG, § 62 I, 1. Alt. Ein einführendes Beispiel: Wann liegt prozessual nSG vor?
1	Die materiellrechtlich notwendige SG, § 62 I, 2. Alt. Ein einführendes Beispiel: Hauptfälle der materiellrechtlich notwendigen SG
1 2	Die Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft Die Zulässigkeit der Klage Säumnis im Termin
	B. Bestreiten, Beweisantritte

Inhaltsverzeichnis	
§ 16 Die Parteiänderung	
I. Der gesetzliche Parteiwechsel	
II. Der gesetzliche Parteibeitritt	
III. Der gewillkürte Parteiwechsel	
1. BGH: Klageänderungstheorie	
2. Herrschende Meinung im Schrifttum: prozessuales Institut eigener Art (Theo	
Gesetzeslücke)	
•	
IV. Die gewillkürte Parteierweiterung	
2. Zusammenfassender Fall: Parteierweiterung auf Beklagtenseite in 1. Instanz.	
V. Zusammenfassende Übersicht zur Parteiänderung	
S 17 Die Beteilieung Deitter aus Bechtestreit SS 64 ff (Vurrübereicht)	
§ 17 Die Beteiligung Dritter am Rechtsstreit, §§ 64 ff. (Kurzübersicht)	•••••
§ 18 Die Nebenintervention (Streithilfe), §§ 66-71	
I. Der Vorprozess	
1. Der Beitritt	
2. Die Rechtsstellung des einfachen NI, § 67	
3. Das Urteil	
4. Zusammenfassende Beispiele:	
II. Der Folgeprozess: Interventionswirkung, § 68 (§ 74 III)	
1. Voraussetzungen	
3. Die Beseitigung der Bindung, § 68 2. Hs.	
4. Zusammenfassendes Beispiel (BGH NJW 76, 292):	
III. Die streitgenössische Nebenintervention, § 69	
§ 19 Die Streitverkündung, §§ 72–77	
1. Zweck und Wirkungen:	
2. Voraussetzungen	
3. Reaktion des Dritten auf die Streitverkündung	
§ 20 Das Versäumnisverfahren	
I. Der Erlass eines VU	
1. Die Voraussetzungen, §§ 330, 331	
2. Die Entscheidung: echtes oder unechtes VU	
3. Sonderfall 1: Säumnis in einem späteren Verhandlungstermin, § 332	
4. Sonderfall 2: Die Säumnis im Beweistermin, §§ 367, 370	
II. Der Einspruch und das weitere Verfahren	
Das Prüfungsschema Der Einspruch ist zulässig	
Der Einspruch ist zulässig Der Einspruch ist unzulässig	
4. Inkorrekte Entscheidung im Säumnistermin: "Meistbegünstigungs-Grundsatz	
5. Einspruch und Verspätungspräklusion, §§ 340 III, 296	
6. Der Einspruch durch die Nichtpartei und Umdeutung in den Beitritt als Stre	
7. Einspruch und Wiedereinsetzung	
III. Säumnis im Einspruchstermin 1. Säumig ist der, der das 1.VU erwirkt hat	
2. Säumig ist der Einspruchsführer, § 345	
3. Die Berufung gegen ein 2.VU, § 514 II	
4. Klageerweiterung nach Erlass des 1.VU	
5. Erledigungserklärung des Klägers erstmals im Einspruchstermin	•••••

§ 2	1 Das Mahnverfahren	245
I.	Verfahren nach Widerspruch gegen Mahnbescheid	248
	1. Der Widerspruch, § 694	248
	2. Die Abgabe	248
	3. Die Rechtshängigkeit	248
II.	Verfahren nach Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	249
	1. Der Vollstreckungsbescheid, §§ 699, 700	249
	2. Verfahren nach Einspruch, § 700 III	249
	3. Säumnis des Beklagten im Einspruchstermin	250
§ 2	2 Die Drittwiderspruchsklage, § 771	253
§ 2	3 Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	254
I.	Die vorgeschaltete obligatorische Güteverhandlung, § 278 II	254
	Die zwei Verfahrensweisen: früher erster Termin und schriftliches Vorverfahren	255
	Gesamtüberblick	256
٠.		
	4 Die mündliche Verhandlung	257
	Der Grundsatz der notwendigen mündlichen Verhandlung	257
II.	Die Einheit der mündlichen Verhandlung	258
III.	Der Schluss der mündlichen Verhandlung, Konsequenzen	259
6.3	t Day Branch and the	244
	5 Der Prozessvergleich	260
	Übersicht zu Vergleichen bei Anhängigkeit eines Rechtsstreits	260
II.	Nichtigkeit, Rücktritt etc.	263
8 2	6 Die einstweilige Verfügung (eV)	267
	Grundlegendes zu Arrest und einstweiliger Verfügung, §§ 916–945	267
11.	Die 3 Arten der einstweiligen Verfügung	269
	1. Die Sicherungsverfügung, § 935	269
	3. Die Leistungsverfügung (§ 940 analog)	270 272
111	Die Anordnung und die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	274
111.	1. Ein Beispiel	274
	2. Die "Vollziehung" der eV, §§ 928, 929, 936	277
	3. Die eV mit Verfügungsverbot, Vormerkung	279
	4. Die eV mit Erwerbsverbot	280
IV.	Rechtsbehelfe	281
	1. Widerspruch, §§ 924, 925 (§ 936)	282
	2. Aufhebung wegen veränderter Umstände, § 927 (§ 936)	283
5.2	7 Das Berufungsverfahren	284
-		
1.	Zulässigkeit der Berufung, § 522 I	284
	1. Statthaftigkeit, § 511	284 285
	3. Frist zur Einlegung, § 517	287
	4. Frist zur Begründung, § 520 II	287
	5. Ordnungsgemäße Begründung, § 520 III S. 2	287
	6. Beschwer des Rechtsmittelklägers	291
	7. Berufungssumme bzw. Zulassung der Berufung, § 511 II	292
II.	Begründetheit der Berufung	293
	1. Zulässigkeit der Klage und Zurückverweisungsgründe, § 538 II	293
	2. Begründetheit der Klage	294
III.	Zusammenfassender Fall aus anwaltlicher Sicht	296
IV.	Das Berufungsurteil	302

Inhaltsverzeichnis	XIII
Teil 3. Klausurtechnik, sowie Anwaltstätigkeit	
§ 28 Die Zulässigkeit der Klage	305
Wichtige Prüfungsgesichtspunkte Prüfungsvorrang der Prozessvoraussetzungen. Rechtskraft des Prozessurteils Prüfung von Amts wegen Darlegungs- und Beweislast	305 305 306 306
II. Überblick über die Prozessvoraussetzungen ("check-Liste") mit Anhang: Kündigungs- schutzklage, allgemeine Feststellungsklage, Befristungskontrollklage	307
§ 29 Urteilsklausur: Die Prüfung der Begründetheit der Klage im streitigen Fall	313
I. Vorüberlegungen	316
1. Was will der Kläger zuletzt?	316
Welche Anspruchsgrundlagen kommen dafür in Betracht? Was ist dazu vorgetragen?	317 317
II. Die Begründetheitsprüfung	317
1. Die Prüfung des Kläger-Vorbringens (sog. Klägerstation)	319
Die Prüfung des Beklagten-Vorbringens (sog. Beklagtenstation)	322 323
4. Greift am Ende die Eventualaufrechnung durch?	323
§ 30 Anwaltsklausur: Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nebst einem begleitenden Mandantenschreiben	324
I. Vorüberlegungen	324
II. Entwurf des Schriftsatzes	326
III. Begleitendes Mandantenschreiben	328
§ 31 Anwaltsklausur: Klageerwiderung, Hilfsaufrechnung und Widerklage	330
I. Vorbemerkung	332
II. Entwurf des Schriftsatzes	333
Sachverzeichnis	339